

Der KandidatenInnen Fragebogen:

Antworten von Hans Arndt

(<http://www.fwrlp.de/pages/wahlen/kandidaten/hans-arndt.php>)

1. Frage: Zur Förderung/Ausbau des ÖPNV:

„Derzeit steht die Erneuerung der Straßenbahnlinie 10 an, aber auch andere Projekte, wie der Ausbau der Straßenbahntrasse Oppau - Pfingstweide – Frankenthal stocken seit Jahrzehnten. Gerade in den nördlichen Stadtteilen werden auch zu alte, zu laute und mit zu schlechten Abgaswerten versehene Busse eingesetzt.“

Wie stehen Sie zum ÖPNV:

Muss er sich selbst finanzieren? Ja Nein
 Teilweise

Wie sollen die zusätzlichen Lasten aufgeteilt werden?

Bund 100% 75% 50% oder weniger

Was ist für Sie wichtiger, Sanierung Erhalt
Neubau

Aufgrund der schlechten Haushaltslage in Ludwigshafen, möchten wir von Ihnen wissen, wie Sie diese Situation ändern wollen und damit zur Förderung und zum Ausbau des ÖPNV beitragen wollen?

Wie stehen Sie zur Verlängerung des Programmes nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG)? Sind Sie für eine Verlängerung und Aufstockung dieses Programmes? Welche Änderungen und Verbesserungen würden Sie einbringen?

Damit Oberzentren wie Ludwigshafen wieder handlungsfähig werden, bedarf es zunächst einer tiefgreifenden Finanzreform und eines Schuldenschnitts, wie dies bei der EURO-Rettung praktiziert wurde. Unter der Voraussetzung, dass sich anschließend Bund und Land dauerhaft (!) in ausreichendem Maße an der Finanzierung des ÖPNV zu beteiligen, wird es erst wieder möglich sein, den Bürgerinnen und Bürgern ein attraktives Angebot anbieten zu können.

Da die Mittel für das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG), schon bis 2019 voll verplant sind, würden Sie einer sofortigen Aufstockung zustimmen?

Seit Januar 2007 erhalten die Länder als Ersatz für weggefallene GVFG-Beiträge Mittel aus dem Bundehaushalt. Es ist wichtig, dass auch nach Ende des sog. Entflechtungsgesetzes im Jahr 2019 weiterhin ausreichende Mittel für den Ausbau und Erhalt von Verkehrswegen zur Verfügung stehen. Wichtig ist aber auch, dass die Mittel letztendlich in größerem Maße als bisher bei den Städten und nicht nur bei den Landkreis-Gemeinden zum Einsatz. Daher muß einerseits kritisch überprüft werden, ob die bereits bis 2019 voll verplanten Mittel entweder umverteilt oder unaufschiebbare Projekte über eine Aufstockung des Programms bis 2019 (!) finanziert werden

können. Andererseits muß aber m.E. auch gewährleistet sein, dass ein fester Schlüssel zukünftig eine Verteilung zwischen Städten und Landkommunen in RLP verbindlich regelt.

2. Welche Verkehrsprojekte oder Maßnahmen wollen Sie in der nächsten Legislaturperiode voranbringen und zusätzlich fördern?

Eletromobilität Straßenbahnen Nahverkehr
Fernverkehr Autobahnen Radverkehr

Ihre Begründung:

Da bei Elektrofahrzeugen allgemein noch ein erhöhter Forschungsbedarf besteht und der sehr hohe Kaufpreis nur wenigen Bürgern die Möglichkeit gibt, sich ein entsprechendes E-Fahrzeug anzuschaffen, möchte ich die Prioritäten auf den ÖPNV und den Radverkehr legen. Ein Blick in die skandinavischen Hauptstädte zeigt, was bereits heute möglich wäre. So setzt Stockholm bereits seit Jahren auf moderne Bioethanol- bzw. neuerdings auch auf Elektro-Busse im Stadtverkehr, um die Feinstaub- und Schadstoffbelastung drastisch zu reduzieren. Bis zum Jahr 2025 sollen 100% der 2000 Busse mit erneuerbaren Kraftstoffen betrieben werden. In Kopenhagen entwickelte sich eine regelrechte Fahrradkultur. Zurzeit legt die Stadt unter dem Motto "Bike-City" grüne Strecken durch Kopenhagen an, um den Radlern eine sichere und grüne Strecke zu ermöglichen. Beides wäre für mich ein Schwerpunkt für meine zukünftige Arbeit in Berlin.

3. In vielen Bereichen gibt es Nachholbedarf. Für uns ist zum Beispiel beim ÖPNV, die Vernetzung zu unseren Nachbarstädten wichtig.

z.B. Frankenthal ist gleich neben an, aber nicht zu erreichen, oder mit langen Umwegen. Beispiel Edigheim-City o. Pflingstweide City nach Frankenthal City keine 4 Km entfernt, aber es gibt keine ordentlichen Verbindungen, außer über Ludwigshafen City das sind dann aber schon 1,5 Std. Reisezeit, das Gleiche gilt für Oggersheim und die Melm.

Wie würden Sie diese Problematik in den Bundestag einbringen um den Bürgern von Ludwigshafen Frankenthal und Umland zu helfen, diese Probleme aus der Welt zu schaffen?

Das geht mich nichts an, das ist Sache der Kommune

Ein Gesetz einzubringen, dass die Kommunen zwingt, mit den Bürgern zusammen zuarbeiten

Die Kosten für Verbundstrecken sollten vom Bund getragen werden

Ihre Begründung:

Alle drei angebotenen Antworten greifen für mich zu kurz. So ist es zunächst Sache der Kommunen untereinander zu beraten und zu beschließen, ob eine Vernetzung gewünscht wird. Allerdings scheitern viele solcher sinnvollen Anbindungen, wie im Beispiel zwischen Frankenthal und den Nördl. Stadtteilen von LU, an den hohen Kosten. Es ist eigentlich paradox, dass insbesondere die Wirtschaft in Form der "Metropolregion Rhein-Neckar" zusammengerückt ist, aber die Bürger nach wie vor oft eine längere Fahrt in Kauf nehmen müssen, um kurze Distanzen zur Nachbarstadt zu überwinden. Dies

muß sich dringend ändern. Daher ist meiner Meinung nach das Land RLP stärker in der Pflicht solche Anbindungen mit teilweise überregionaler Bedeutung dauerhaft zu finanzieren. Auch der Bund sollte seinen Beitrag zum Unterhalt der Verbundstrecken leisten, dies würde ich im Bundestag thematisieren. Allerdings ist sicherlich auch der Bund überfordert, wenn alle Städte und Kommunen dauerhaft ihre kompletten Kosten abwälzen wollten! Daher kommt m.E. nur eine Mitfinanzierung in Frage.

- 4. Die Brücken und Hochstraßensanierungen, wir wissen das der Verkehrsminister Ludwigshafen 1/3 der damaligen geschätzten Sanierungskosten zugesagt hat. Aber jetzt wissen wir auch, dass die Hochstraße Nord nicht mehr saniert werden kann und sich die Kosten für einen Neubau, Tieferlegung auf mehr als ein halbe Mrd. Euro belaufen werden. Da es sich hier um eine Bundesstraße im Städtischen Besitz handelt, wird es schwierig.**

Unser Vorschlag:

Der Bund kauft die Hochstraße (für 250 Mio. Euro) zurück und wird dieses Geld zur Hälfte für die Sanierung der Hochstraße verwenden und die andere Hälfte dem RNV zu Verfügung stellen um den ÖPNV, für die über 10 Jahre der Bauzeit einer neuen Bundesstraße, aufzurüsten. Der Bund wird sich voll um die Finanzierung der Bundesstraße kümmern und sich mit den Ländern Baden-Württemberg, Hessen und Rheinlandpfalz absprechen, wie diese Ihren Anteil dazu beitragen können, ohne dass das den Bau der Bundesstraße verzögert.

Würden Sie diesen Vorschlag unterstützen, damit nicht die Bundesstraße demnächst komplett ausfällt und über Ludwigshafen/Mannheim das Verkehrschaos hereinbricht?

Obwohl der Betrag von 125 Mio. € allein sicherlich nicht zur Sanierung der Hochstraße ausreichen wird und fraglich ist, ob sich beispielweise das Land Hessen an der Sanierung beteiligen würde, wäre der vorgeschlagene Verkauf an den Bund ernsthaft zu prüfen. Richtig ist bei diesem Vorschlag in jedem Falle der frühzeitige Hinweis, was während der langen Bauzeit von 10 Jahren mit dem Verkehr passieren wird. In Friesenheim formiert sich schon der Widerstand gegen eine zusätzliche Belastung der Sternstraße. Auch die Brunckstraße/Carl-Bosch-Straße ist heute während der Rush-Hour schon an ihrer Belastungsgrenze. Um ein Verkehrschaos zu vermeiden, sind sicherlich eine Vielzahl von ÖPNV-Maßnahmen zu treffen. So gab es früher schon einmal Überlegungen in unmittelbarer Nähe der A650 große Park&Ride-Parkplätze für Berufspendler (BASF!) einzurichten und diese per Shuttle-Bus zu bedienen. Weiterhin müssen Maßnahmen wie die Bildung von Fahrgemeinschaften weiter gefördert werden. Allerdings ist schon heute klar, dass sich sowohl der Bund als auch das Land RLP mit einem wesentlich höheren Beitrag - als heute bekannt - an der Sanierung beteiligen müssen ! Sonst sind kurz- bis mittelfristig weitere Straßensperrungen unvermeidbar !

5. Lärmbelastung

Sie können bei uns auf der Homepage unsere Lärmampel sehen, wir sind noch weiter am Messen, aber diese sind nur die Durchschnittswerte. In Bereichen wo die Ampel Rot ist, würden Sie nicht mehr ohne Ausreichenden Lärmschutz

arbeiten dürfen, aber da müssen unsere Bürger leben.

Auch in den grünen Bereichen sind zwischenzeitlich durch den Güterbahnverkehr unerträgliche Spitzen an Lärmbelästigung da.

Wie wollen Sie, den Bürgern unserer Stadt, unseres Landes helfen, dass Sie nicht mehr so gesundheitlich geschädigt werden.

Beispiel Gütertrasse zwischen LU-Oppau und Edigheim, oder auch die Hauptstraßen in der Stadt.

Zunächst einmal muß überprüft werden, ob der Einsatz von leiseren Elektrobussen im Linienbetrieb nicht schon zu einer verminderten Lärmbelastung führen würden.

Auch der Einsatz von Biokraftstoffbussen, wie es die FWG Ludwigshafen bereits schon einmal mit ihrem "RegioFuel"-Vorschlag thematisiert hat, sollte ernsthaft überprüft werden. Namhafte Bioethanolhersteller sind ja in der Region zu Hause. Die BASF hat eine Spezialbeschichtung für die Räder ihrer 2500 Güterzüge entwickelt. Dadurch könnte der Lärm, der durch die Waggonräder verursacht wird, nach BASF-Angaben um fast die Hälfte gesenkt werden. In den kommenden 6 -7 Jahren sollen alle Werkszüge eine Umrüstung bekommen. Dies würde meiner Auffassung nach bereits eine Entlastung der Anwohner an Rangierstrecken des Güterverkehrs - insbesondere nachts (!) - bewirken. Als Ludwigshafener

Bundestagsabgeordneter würde ich mich dafür einsetzen, dass der neu entwickelte BASF-Speziallack auch im Güterverkehr der Deutschen Bahn zum Einsatz kommt.